

Protokoll

über die 33. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umwelt-, Bau- und
Feuerwehrausschusses der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 12.01.2017, Bauhof, Autal 39

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:32 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Detlev Blohm

Herr Jan Höpermann

Herr Ulrich Kloeveborn

Herr Klaus Schröder

Herr Stephan Schwartz

stellvertr. Vorsitzender

WSI:

Frau Ingrid Paradies

Frau Anette Wente

SPD-Fraktion:

Herr Tobias Niemeyer

Herr Wolfgang Rüdiger

ab 18:07 Uhr

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Thomas Grabau

Vorsitzender

FDP-Fraktion:

Herr Prof. Dr. Helmut Thöm

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

Seniorenbeirat:

Herr Gerhard Nagel

Umweltbeirat:

Herr Jens Peyn

Verwaltung:

Frau Annette Boettcher

Herr Sönke Ferch

Fachdienst 2-60

Bauhofleiter



Protokoll der 33. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Umwelt-, Bau- und
Feuerwehrausschusses
vom 12.01.2017

Herr Klaus Lieberknecht
Frau Christiane Maylahn
Frau Anneka Saß
Frau Sonja Taschendorf
Frau Birgit Woywod
Herr Jens Zwicker

Fachbereichsleiter 2
Leitstelle Umweltschutz
Fachdienst 2-63
Schriftführerin
Fachdienstleiterin 2-60
Fachdienstleiter 2-10

Stadtentwässerung:

Herr Uwe Harms

Werkleiter

Vertreter Kleingartenverein:

Herr Jörn Stührenberg

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Frau Kerstin Dorbandt

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Dr. Ralf Sonntag

Seniorenbeirat:

Frau Christa Grodt

Vertreterin für Hr. Nagel

Vertreter Ortsbauernverband:

Herr Richard Möller

Es sind 5 Gewerbetreibende der Rissener Straße, ein weiterer Einwohner und 2 Pressevertreter anwesend.

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Grabau alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Er bedankt sich beim Bauhofleiter Herrn Ferch für die Einladung und Bewirtung. Zwischen dem öffentlichen und dem nicht-öffentlichen Teil der Sitzung wird es einen kurzen Rundgang über den Bauhof geben. Daher wird der Entwicklungsbericht über das Bauhofkonzept zeitlich ans Ende der öffentlichen Sitzung verschoben, ohne die Nummerierung im Protokoll zu ändern. Der Tagesordnung stimmt der Ausschuss mit 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen zu.

Herr Grabau beantragt den Ausschluss der Öffentlichkeit für die TOPs 7-10. Der Antrag wird mit 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen angenommen.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:



- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Anfragen und Mitteilungen zu Kleingartenangelegenheiten
- 3.) Anhörung Beiräte
- 4.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 32. Sitzung vom 01.12.2016
- 5.) Ausbau der B 431 "Rissener Straße" (3. BA zw. Croningstraße und Industrie-
straße) - Bauprogramm
Vorlage: BV/2016/137
- 6.) Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Anfragen SPD
Vorlage: MV/2016/095
 - 6.2 Stand der Durchführung der Kostenentwicklung wichtiger Bauvorhaben,
hier: Neubau
Vorlage: MV/2016/088
 - 6.3 Bauhofkonzept 2013
hier: Sach- und Entwicklungsbericht
Vorlage: MV/2016/097
 - 6.4 12. Bericht zur Rivitalisierung des BusinessPark Elbufer
Vorlage: MV/2016/080
 - 6.5 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 6.6 Sonstiges

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 7.) Vertrag zum Bau und Betrieb der Straßenbeleuchtung und zum Betrieb der
Lichtsignalanlagen - Verlängerung
Vorlage: BV/2016/152
 - 8.) Feuerwache Wedel - Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Sanierung und
Erweiterung
Vorlage: BV/2016/145
 - 9.) Ausbau Einmündung B 431 Rissener Straße / Industriestraße - Beauftragung wei-
terer Ingenieurleistungen
Vorlage: BV/2016/146
 - 10.) Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 10.2 Sonstiges
-

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Herr Oliver Bayer von McDonald berichtet, dass die letzte Baustelle zu erheblichen Gewinneinbußen geführt hat. Daher wünschen sich die Gewerbetreibenden der Rissener Straße eine möglichst kurze Bauzeit von 5-6 Monaten. Vor allem ein kältebedingter Baustopp über den Winter hätte schwerwiegende Folgen.

2.) Anfragen und Mitteilungen zu Kleingartenangelegenheiten

Herr Stührenberg hat keine Anfragen und Mitteilungen.

3.) Anhörung Beiräte

Herr Nagel stellt sich als Vertreter des neugewählten Seniorenbeirats vor.

Herr Peyn erklärt, dass sich der Umweltbeirat mit den Radwegen beim Bauvorhaben Rissener Straße auseinander gesetzt hat und hier Gesprächsbedarf besteht.

Der Jugendbeirat ist nicht anwesend.

4.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 32. Sitzung vom 01.12.2016

Das Protokoll wird mit 10 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen genehmigt.

5.) Ausbau der B 431 "Rissener Straße" (3. BA zw. Croningstraße und Industriestraße) - Bauprogramm Vorlage: BV/2016/137

Frau Boettcher erklärt, dass es sich hier um ein Bauprogramm handelt. Später erst kommt die Ausführungsplanung, die in der Regel nicht mehr im UBF besprochen wird. Im Dezember hat es ein Gespräch mit den Gewerbetreibenden gegeben und es wurde überlegt, wie die Bauzeit verkürzbar sei. Zurzeit ist eine Einbahnstraßen-Regelung von Hamburg nach Wedel angedacht. Die Verkehrsführung von Wedel nach Hamburg soll dezentral erfolgen. Bei dieser Variante wird das Vorhaben 10-12 Monate in Anspruch nehmen und könnte ggf. im Juni 2017 beginnen. Selbstverständlich könnte man in der Ausschreibung eine kürzere Bauzeit fordern. Frau Boettcher hält dies aber für unrealistisch, da nur wenige Firmen dies leisten könnten. Eine Idee ist, die Maßnahme auf März 2018 zu verschieben. Allerdings sind die Bundesmittel für 2017 zugesichert. Es ist fraglich, ob diese auch für 2018 gelten wird. Außerdem könnten schlechte Witterungsverhältnisse einen Baubeginn im März verhindern. Herr Schwartz fragt nach dem Ausbau des Knotenpunkts Rissener Straße/Industriestraße. Frau Boettcher erwidert, dass zurzeit das Teilstück bis Lüchau für 2017 und 2018 das Teilstück von Lüchau bis zur Einmündung Industriestraße geplant sind. Es werden 2 einzelne



Maßnahmen sein, deren Bauzeit aber miteinander verschränkt wird. Für den Knotenpunkt rechnet sie mit einem Zeitfenster von 6 Wochen.

Frau Wente möchte wissen, ob die Anlieger teilweise anders angefahren werden können und ob Beschilderungen der Umleitungen möglich sind. Das wird bejaht. Die Verwaltung wird dies unterstützen. Weiter wird gefragt, ob die Zufahrt für alle Anlieger gewährleistet ist. Auch das wird bejaht.

Herr Grabau erkundigt sich, warum der Bund noch nicht gefragt wurde, ob die Förderzusage nicht auch für 2018 gilt und ob das Szenario der Vollsperrung durchgespielt wurde. Man müsse den Mut haben, mal neue Wege in Erwägung zu ziehen.

Die Verwaltung antwortet, dass der Bundeszuschuss schon von 2016 auf 2017 verschoben wurde und man daher hatte warten wollen, was die Beratung und Entscheidung des Ausschusses ergibt. Eine Vollsperrung ist bisher noch nie erfolgt und auch nicht durchgespielt worden, da die Anlieger das Recht auf Zufahrt haben.

Auch Frau Wente kann sich eine Vollsperrung nicht vorstellen, da der Kunde träge ist und es sich um eine Bundesstraße handelt, die zudem von vielen Pendlern genutzt wird.

Eine Vollsperrung mit Zugängen, nach der Herr Dr. Thöm fragt, ist verkehrsrechtlich sehr schwierig.

Herr Schwartz erinnert daran, dass heute nur das Bauprogramm beschlossen wird. Er schlägt vor, dass der UBF gerade im Hinblick auf die Maßnahme danach das Bauvorhaben weiterhin begleitet.

Herr Beyer bedankt sich für die Idee der Vollsperrung, befürchtet aber, dass sie keine Lösung für die Gewerbetreibenden darstellt. Ihr Wunsch sei eine Reduzierung der Bauzeit und die Vermeidung eines Baustellenstopps. 6 Monate wären großartig.

Herr Kloevekorn wirft der Verwaltung vor, nicht alles ausgelotet zu haben. In anderen Städten ginge es viel schneller.

Herr Lieberknecht versichert, dass der Verwaltung die Konsequenzen klar sind und sie im engen Kontakt mit den Gewerbetreibenden steht.

Herr Schröder regt an, Zeitmarken und Verzugsstrafen in die Ausschreibung aufzunehmen, und fragt, ob die Stadt den billigsten Bieter nehmen müsste. Herr Lieberknecht erklärt, dass man den wirtschaftlichsten nehmen muss, der am besten geeignet ist. Allerdings sei das Problem bei Vertragsstrafen, dass nachgewiesen werden muss, wer den Verzug verursacht hat.

Der Vertreter des Umweltbeirats, Herr Peyn, findet keine Übereinstimmung zwischen den Plänen und der Beschreibung. Frau Boettcher erklärt, dass die jetzigen Wege sozusagen ertüchtigt werden. Das bedeutet, dass es auf der Südseite getrennte Rad- und Fußwege bis Lüchau geben wird. Auf der Nordseite wird es einen Gehweg geben, den auch Radfahrer nutzen dürfen. Die der Vorlage beigefügten Pläne sind Ausschnitte. Die vollständigen Pläne können in der Verwaltung eingesehen werden.

Auf Nachfragen erklärt sie weiter, dass für die Radwege Betonstein verwendet wird, der nicht so rutschig wie das Pflaster in der Bahnhofstraße ist. Die Umrüstung der Beleuchtung auf LED erfolgt nicht gleichzeitig, da es technisch nicht notwendig ist. Herr Kloevekorn erklärt, dass in einer Straße nicht zwei verschiedene Beleuchtungssysteme Anwendung finden dürfen.

Herr Grabau erkundigt sich, wie viele Bäume gefällt werden und wie viele Neupflanzungen vorgesehen sind. Die Verwaltung antwortet, dass es Neupflanzungen auf der Nordseite geben wird, was noch mit den Anliegern besprochen werden muss. Frau Wente argumentiert, dass die jetzigen Straßenbäume keine Lebensqualität hätten und wenige gesunde Bäume besser als viele kranke sind.



Herr Grabau lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen mit der Ergänzung, dass der UBF regelmäßig über das Bauvorhaben von der Verwaltung informiert wird.

Der Ausschuss beschließt mit 12 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, das Bauprogramm zum Ausbau der B 431 „Rissener Straße“ (3. Bauabschnitt zwischen Croningstraße und Industriestraße) entsprechend beigefügter Unterlagen / Tabelle mit folgenden Ausbaumerkmalen:

Abschnitt a) Croningstraße bis Lüchau:

Fahrbahn: Komplettausbau (bis 60 cm Tiefe) mit Wiederherstellung einer Asphaltbefestigung (Deckschicht aus Splittmastix) in einer Breite von 9,50 m (3 Fahrspuren), mit beidseitigem Wasserlauf aus Gussasphalt, Erneuerung der Straßenabläufe

Nebenflächen Südseite: Komplettausbau (bis 30 cm Tiefe) mit Hochbord (12 cm Ansicht, im Bereich von Überfahrten/-wegen auf 3 cm abgesenkt), Schutzstreifen (35 cm breit) aus rotem Betonsteinpflaster, Radweg (2,00 m breit) aus anthrazitfarbenen, großformatigem Betonsteinpflaster (30 x 30 cm), Gehweg (ca. 2,00 m breit) aus rotem Betonsteinpflaster, Randeinfassung mit Rasenbord.

Nebenflächen Nordseite: Komplettausbau (bis 30 cm Tiefe) mit Hochbord (12 cm Ansicht, im Bereich von Überfahrten/-wegen auf 3 cm abgesenkt), Geh-/Radweg (2,35 m breit) aus rotem Betonsteinpflaster, Randeinfassung mit Rasenbord (mit 5 cm Ansicht als taktile Grenze für Sehbehinderte), Restfläche (ca. 3,20 m breit) wird Grünfläche mit neuen Baumpflanzungen (Ersatz für gefälltte Bäume).

Abschnitt b) Lüchau bis Industriestraße:

Fahrbahn: Komplettausbau (bis 60 cm Tiefe) mit Wiederherstellung einer Asphaltbefestigung (Deckschicht aus Splittmastix) in einer Breite von 7,75 m (wie vorhanden - 2 Fahrspuren), Erneuerung der Straßenabläufe (im Bankettbereich)

Nebenflächen Südseite: Komplettausbau Geh-/Radweg (bis 30 cm Tiefe) mit Wiederherstellung einer Asphaltbefestigung in einer Breite von 2,75 m; Bankette (Grünstreifen ca. 4,50 m breit) und Restfläche (Grün) zur Grundstücksgrenze bleiben wie vorhanden / unverändert.

Nebenflächen Nordseite: Komplettausbau Geh-/Radweg (bis 30 cm Tiefe) mit Wiederherstellung einer Asphaltbefestigung in einer Breite von 2,00 m, Bankette (Grünstreifen) in einer Breite von ca. 1 m, Grünstreifen in einer Breite von ca. 90 cm; Restfläche (Grün mit Baumbewuchs) zur Grundstücksgrenze (Bahn) bleibt wie vorhanden / unverändert.

6.) Mitteilungen und Anfragen

6.1.) Anfragen SPD

Vorlage: MV/2016/095

Herr Rüdiger bemängelt, dass nicht alle Fragen so beantwortet worden seien, wie er es sich vorgestellt habe.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.



**6.2.) Stand der Durchführung der Kostenentwicklung wichtiger Bauvorhaben, hier:
Neubau
Vorlage: MV/2016/088**

Herr Rüdiger stellt fest, dass die Unterkunft Feldstraße teurer geworden ist und regt an, zukünftig 10 % für unvorhergesehene Kosten aufzuschlagen. Frau Saß fragt, ob das wirklich gewünscht sei. Zurzeit gibt die Verwaltung „ehrliche“ Zahlen bekannt, d.h. die Kosten, von denen die Verwaltung mit ihrem jeweiligen Kenntnisstand ausgeht. Dies wird von Herrn Schröder unterstützt. Er meint, dass man „haushaltsrechtlich ehrlich bleiben und Mehrkosten ertragen müsse“.

Frau Wente möchte wissen, warum die Mehrkosten für den Bunker und die Versetzung des Trafohäuschen nicht vorher gesehen und benannt worden sind. Frau Saß erwidert, dass die rechtswidrig entsorgten Altlasten im Bunker erst bei der späteren Öffnung entdeckt wurden. Beim Trafohäuschen, so Herr Zwicker, war die Versetzung strittig wie auch die Übernahme der Kosten durch die Stadt oder durch die Stadtwerke.

Weiter erklärt Frau Saß, dass gar keine Mehrkosten für den 2. Bieter entstanden sind, sondern dass dem Ausschuss die Kosten bekannt gegeben wurden bevor die endgültige Prüfung der Ausschreibung durch die Stadt erfolgt war. Diese Prüfung hatte ergeben, dass der erste Bieter einen Formfehler begangen hat und die Stadt ihn leider nicht beauftragen durfte. Die Verwaltung hat versucht, die höheren Kosten einzufangen. Die Mehrkosten von 250.000 € stellen die Differenz dar.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**6.3.) Bauhofkonzept 2013
hier: Sach- und Entwicklungsbericht
Vorlage: MV/2016/097**

(Dieser Tagesordnungspunkt wurde zeitlich verschoben und nach TOP 6.6 behandelt.)

Der Bauhofleiter Herr Ferch führt in das Thema ein und geht auf verschiedene Aufgaben gesondert ein.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Danach ergreift der Ausschuss die Gelegenheit, den Bauhof zu begehen und Fahrzeuge, die Salzsilos und das Schilderlager zu besichtigen.

**6.4.) 12. Bericht zur Rivitalisierung des BusinessPark Elbufer
Vorlage: MV/2016/080**

Herr Dr. Thöm erkundigt sich nach der erwähnten Betreibergesellschaft. Herrn Lieberknecht ist dazu nichts Näheres bekannt und er bittet Herrn Dr. Thöm sich für weitere Informationen an Herrn Amelung zu wenden.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.



6.5.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

In Bezug auf die Brückenerneuerung Hetlinger Binnenelbe berichtet die Verwaltung, dass es ein Treffen mit Anliegern, Planungsbüro und Verwaltung geben wird.

Herr Rißler hat zugesagt, dass Holm für die Beleuchtung an der Holmer Straße von Holm aus bis Papentwiete aufkommen wird. Herr Lieberknecht erklärt, dass man noch die Genehmigung eines Anwohners braucht. Herr Schwartz erklärt, dass das Ganze ein Thema für die nächste Sitzung ist, die bei den Stadtwerken stattfindet. Frau Paradies fragt, ob es einen Unterschied zwischen Bundesstraßen und anderen Straßen gibt. Frau Boettcher erwidert, dass es außerhalb der Ortschaften gar keine Vorschriften gebe. Die rechtlichen Folgen sind ihr nicht bekannt. Holm hat auf alte Masten neue Leuchten gesetzt, aber das ist in Wedel nicht möglich.

6.6.) Sonstiges

Herr Grabau möchte wissen, warum es bei dem Eisregen am vergangenen Wochenende kein Bürgertelefon gegeben hat, an das sich die Bürger wenden können. Er wurde mehrfach angesprochen wie man sich richtig verhalten soll, z.B. ob man Salz streuen dürfe. Auch auf der Internetseite wäre es möglich, ein paar Stunden vorher Warnungen aus zu sprechen und Tipps zu geben.

Die WSI und die CDU widersprechen heftig. Als Hauseigentümer ist man verantwortlich und muss diese Dinge zwingend wissen. Hierfür Geld und Zeit aufzubringen ist nicht gewollt.

Frau Woywod berichtet, dass die Baumfällungen in der Rissener Straße bis zum 28.02.2017 erfolgen müssen, da ab März keine Bäume mehr gefällt werden dürfen.

Sie bittet um Rückmeldungen über die Teilnahme an der Radwege-AG, da noch welche fehlen. Sobald alle Vertreter bekannt sind, wird man einen Termin für das erste Treffen vorschlagen.

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

In nicht öffentlicher Sitzung hat der Ausschuss die Verlängerung des Vertrags zum Bau und Betrieb der Straßenbeleuchtung und zum Betrieb der Lichtsignalanlagen mit den Stadtwerken (BV/2016/152) beschlossen. Weiter wurden die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Sanierung und Erweiterung der Feuerwache (BV/2016/145) sowie die Beauftragung weiterer Ingenieurleistungen für den Ausbau Einmündung B 431 Rissener Straße / Industriestraße (BV/2016/146) beschlossen.

gez. Thomas Grabau

Vorsitzender

Sonja Taschendorf
Schriftführerin

Datum der 30.01.2017
Unterschrift _____

30.01.2017

